

Umgebungslärm - Aktionsplan

Industrieanlagen (IPPC) gemäß Gewerbeordnung 1994

Wien, 2024

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Stubenring 1, 1010 Wien

Wien, 2024. Stand: 2. April 2024

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgeifen.

Rückmeldungen: Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an gewerbetechnik@bmaw.gv.at.

Inhalt

Vorwort	1
Einleitung	2
Rechtsgrundlage für die Teil-Aktionsplanung	4
1 Planungsgebiet	6
1.1 Wien.....	6
1.2 Graz.....	9
1.3 Linz.....	11
1.4 Salzburg	13
1.5 Innsbruck	15
2 Für die Ausarbeitung zuständige Behörde/Stelle	21
3 Geltende Schwellenwerte sowie Rechtsgrundlagen	22
3.1 Definition IPPC-Anlagen	22
3.2 Schwellenwerte für die Aktionsplanung	22
3.3 Berechnungsverfahren	23
3.4 Regelungen in der für die Anlagengenehmigung geltenden Rechtsmaterie (Gewerbeordnung).....	23
4 Zusammenfassung der der Maßnahmenplanung zugrunde gelegten Daten der strategischen Umgebungslärmkarten	25
5 Angabe und Bewertung der geschätzten Anzahl von Personen, die Umgebungslärm ausgesetzt sind	26
6 Angabe von besonderen Lärmproblemen und verbesserungsbedürftigen Situationen	28
7 Darstellung der Einbeziehung der Öffentlichkeit	29
7.1 Öffentliche Auflage und Kundmachung	29
7.2 Eingegangene Stellungnahmen und Würdigung.....	29
7.3 Anfragen zu den strategischen Lärmkarten	29
8 Bereits vorhandene oder zur Realisierung absehbare Maßnahmen zur Lärminderung	30

9	Maßnahmen der Aktionsplanung	31
10	Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden und ergänzende Einzelmaßnahmen in anderen Zuständigkeitsbereichen	32
11	Langfristige Strategie zum Schutz vor Umgebungslärm	33
12	Verfügbare Informationen zu den Finanzmitteln	34
13	Geplante Vorgangsweise für die Bewertung der Durchführung und der Wirksamkeit des (Teil-) Aktionsplans	35
14	Schätzung der voraussichtlichen Reduktion der von Umgebungslärm belasteten Personen	36
15	Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen	37
16	Zusammenfassung des (Teil-) Aktionsplans für die EU-Berichterstattung	38
16.1	Bestehende Lärmschutzprogramme	38
16.2	Geplante Lärmschutzprogramme - Lärmaktionsplan	38
16.3	Zusammenfassung Lärmaktionsplan Graz	39
16.4	Zusammenfassung Lärmaktionsplan Innsbruck	40
16.5	Zusammenfassung Lärmaktionsplan Linz	41
16.6	Zusammenfassung Lärmaktionsplan Salzburg	42
16.7	Zusammenfassung Lärmaktionsplan Wien	43
17	Umsetzungshinweis	44
	Tabellenverzeichnis	45
	Abbildungsverzeichnis	46

Vorwort

Ruhe genießen und ruhig schlafen zu können ist uns allen ein großes Anliegen, denn Lärm ist weit mehr als ein Ärgernis. Anhaltender Lärm belastet uns und unsere Gesundheit.

Mit der Umgebungslärmgesetzgebung ist europaweit ein wichtiger Schritt für die Lärmbekämpfung gesetzt worden. Die strategischen Lärmkarten sind eine wichtige Basis für Lärmschutz in Österreich.

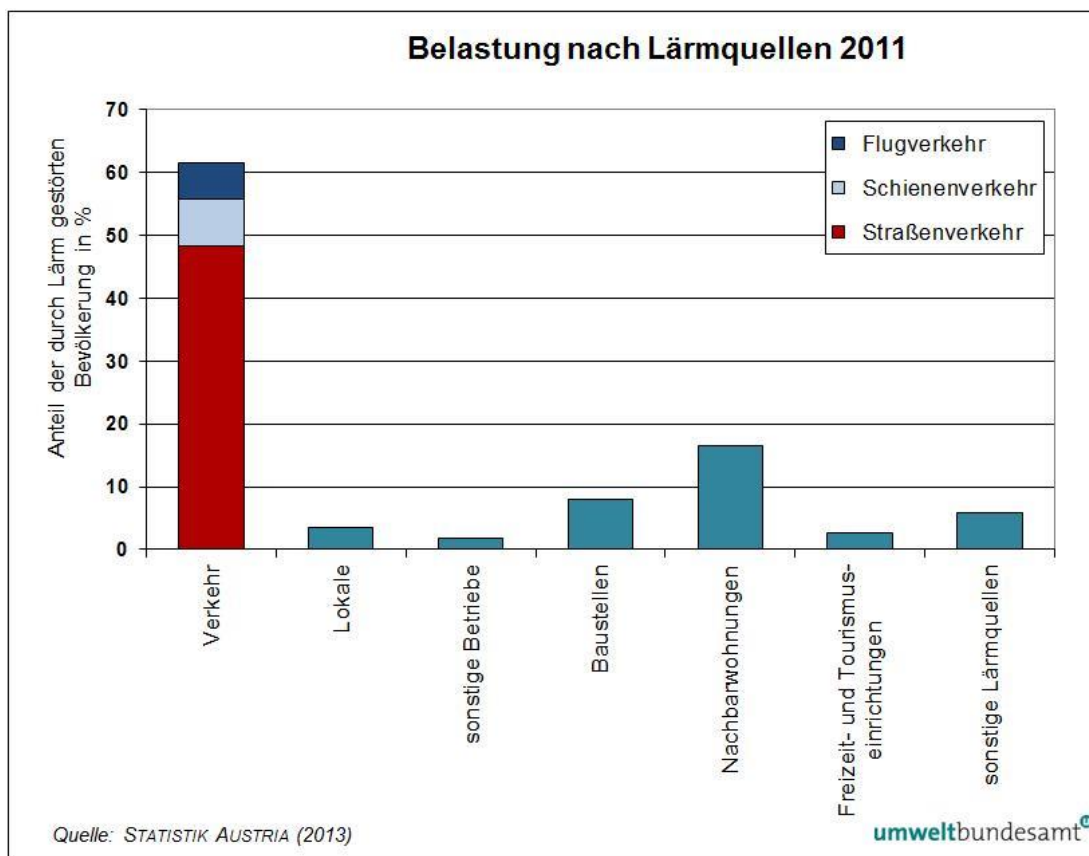
Bei der Genehmigungspraxis von IPPC-Anlagen wird bereits bisher dem Schutz der Nachbarn vor Lärmbelästigung ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die strategischen Lärmkarten bzw. die nachfolgende (messtechnische) Überprüfung der tatsächlichen örtlichen Situation für IPPC-Anlagen in Ballungsräumen gemäß Umgebungslärmschutzverordnung, welche gemäß GewO genehmigt wurden und damit im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft liegen, weisen nur geringfügige Schwellenwertüberschreitungen aus und bestätigen damit diesen wirkungsvollen Weg.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft und die in mittelbarer Bundesverwaltung tätigen Genehmigungsbehörden in den Ländern arbeiten im Sinne eines vorsorgenden Lärmschutzes bei der Genehmigung von IPPC-Anlagen gemäß GewO erfolgreich zusammen.

Einleitung

Die von der Statistik Austria durchgeführten Erhebungen über die Lärmbelastung im Jahr 2011 zeigen, dass sich 40 % aller Österreicher durch Lärm gestört fühlen. Von diesen Personen gaben knapp 62 % Straßen-, Schienen- oder Flugverkehr als Lärmquelle an. Aber auch der Lärm von Betrieben führt teilweise zur Störung durch Lärm.

Abbildung 1: Belastung durch Lärmquellen



Im Zuge der Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm ist deshalb neben den Quellen des Verkehrslärms innerhalb von Ballungsräumen auch der Lärm, der von Geländen für industrielle Tätigkeiten gemäß Anhang I der Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC-Anlagen) ausgeht, in strategischen Lärmkarten zu erfassen und einer Aktionsplanung zuzuführen. Die Bezeichnung "IPPC" ist die Abkürzung des englischen Titels der Richtlinie: "Council Directive concerning Integrated Pollution Prevention and Control". Die IPPC-Richtlinie wurde am 10.10.1996 im

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht und trat am 30.10.1996 in Kraft. Die IPPC-Richtlinie wurde zwischenzeitlich bereits durch die Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) ersetzt.

Ziel der Richtlinie ist - wie bereits der Titel sagt - die "integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung". Aufgabe der "integrierten" Betrachtung ist es, insgesamt ein hohes Maß an Schutz für die Umwelt (Schutz der Luft, des Wassers und des Bodens) zu erreichen und nicht etwa die Luft zu Lasten des Wassers zu schützen. IPPC-Anlagen müssen dieses Ziel unter Einsatz der "besten verfügbaren Techniken" verfolgen. Emissionsgrenzwerte in Genehmigungsbescheiden müssen sich an diesen Techniken orientieren.

Rechtsgrundlage für die Teil-Aktionsplanung

Gemäß § 6 Abs. 4 und 9 und § 7 Abs. 5 Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz ist "für sämtliche Ballungsräume eine strategische Teil-Umgebungslärmkarte" bzw. "ein Teil-Aktionsplan für Gelände für industrielle Tätigkeiten mit Anlagen im Sinne der Anlage 3 der GewO 1994" auszuarbeiten.

Nach § 3 Abs. 13 Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz ist eine "Strategische Umgebungslärmkarte" eine Karte zur Gesamtbewertung der auf verschiedene Lärmquellen zurückzuführenden Lärmbelastung in einem bestimmten Gebiet oder zur Gesamtprognose für ein solches Gebiet; für Umgebungslärm aus Geländen für industrielle Tätigkeiten in Ballungsräumen ist eine eigene strategische Umgebungslärmkarte auszuarbeiten.

Nach § 3 Abs. 16 Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz ist ein „Aktionsplan“ ein Plan zur Regelung von Lärmproblemen und von Lärmauswirkungen, erforderlichenfalls einschließlich der Lärminderung, gegebenenfalls auch für Maßnahmen zum Schutz ruhiger Gebiete.

Aktionspläne haben gemäß § 10 Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung folgende Angaben (bezogen auf den Geltungsumfang dieses Teil-Aktionsplanes) zu enthalten:

1. eine Beschreibung der Gelände für industrielle Tätigkeiten,
2. die für die Ausarbeitung zuständige Behörde,
3. die für die Aktionsplanung geltenden Schwellenwerte,
4. eine Zusammenfassung der der Maßnahmenplanung zu Grunde gelegten Daten der strategischen Lärmkarten,
5. die Angabe und Bewertung der geschätzten Zahl der möglicherweise betroffenen Personen,
6. die Angabe von besonderen Lärmproblemen und verbesserungsbedürftigen Situationen,
7. die Darstellung der Einbeziehung der Öffentlichkeit,
8. die vorhandenen oder geplanten Maßnahmen zur Lärminderung,
9. die von den zuständigen Behörden für die fünf Folgejahre geplanten Maßnahmen,
10. die für die Umsetzung ergänzender Einzelmaßnahmen in anderen Zuständigkeitsbereichen geltende Rechtslage und die für die Einzelmaßnahmen zuständige Behörde,

11. die langfristige Strategie zum Schutz vor Umgebungslärm,
12. verfügbare Informationen zu Finanzmitteln,
13. die geplanten Bestimmungen für die Bewertung der Durchführung und der Ergebnisse des (Teil-) Aktionsplans,
14. eine kurze Zusammenfassung des (Teil-)Aktionsplans und
15. eine Schätzung der durch die jeweils konkret vorgesehenen Maßnahmen voraussichtlich erzielte Reduktion der Anzahl der von Umgebungslärm belasteten Personen.

1 Planungsgebiet

Gemäß Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG sind strategische Lärmkarten für IPPC-Anlagen - das sind Anlagen gemäß Anhang I der Richtlinie 96/61/EG - in Ballungsräumen zu erstellen.

Im österreichischen Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz sind Ballungsräume folgendermaßen definiert:

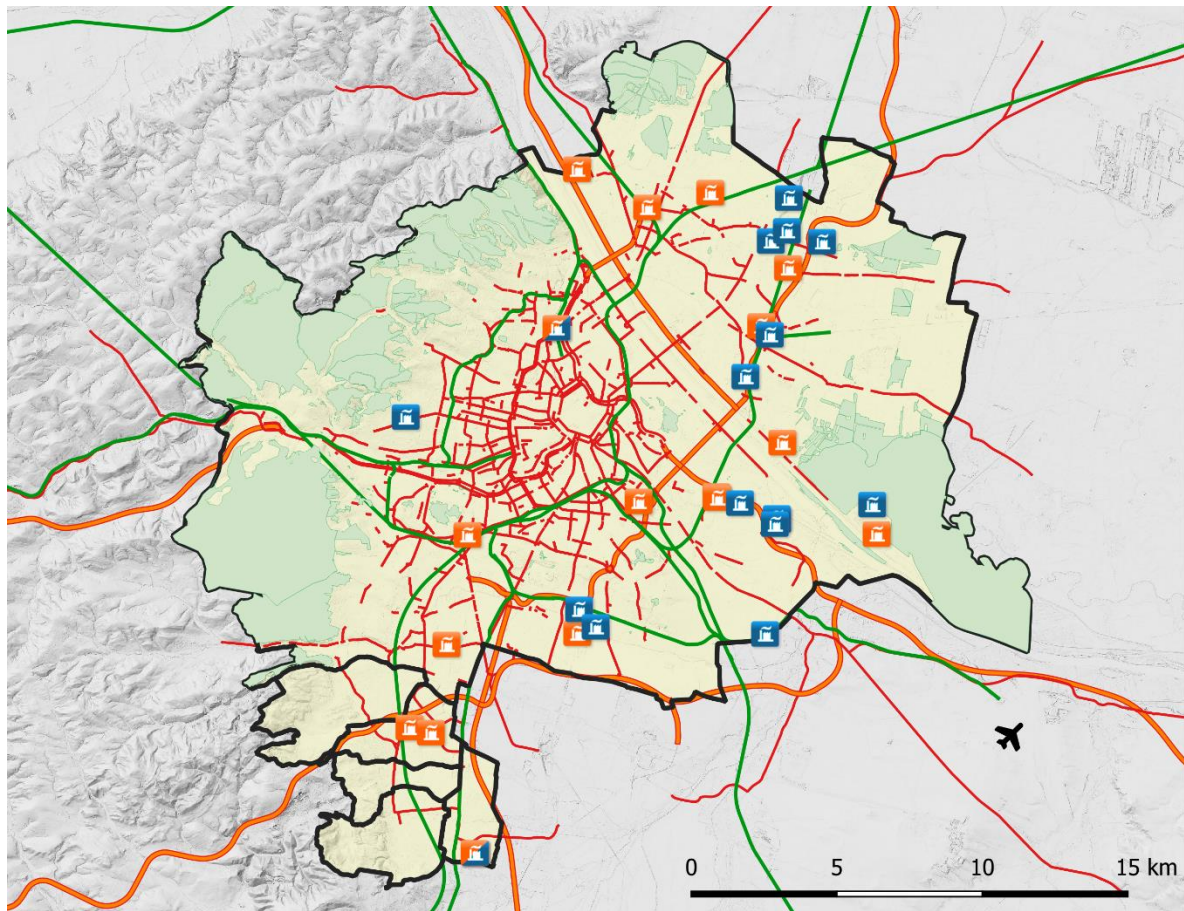
"Ballungsraum" bezeichnet ein tatsächlich zusammenhängendes, sich gegebenenfalls auch über mehrere Gemeinden erstreckendes bestimmtes Gebiet mit städtischem Charakter und einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 1.000 oder mehr Einwohnern pro Quadratkilometer des Gemeindegebietes und einer insgesamt jedenfalls 100.000 Einwohner übersteigenden Einwohnerzahl.

In der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung wurde auf Empfehlung der Länder als Ballungsraum mit mehr als 250.000 Einwohnern der Ballungsraum Wien festgelegt. Dieser umfasst die Gemeindegebiete von Wien, Perchtoldsdorf, Brunn am Gebirge, Wiener Neudorf, Maria Enzersdorf und Mödling.

1.1 Wien

Der Ballungsraum Wien umfasst die Gemeindegebiete von Wien, Perchtoldsdorf, Brunn am Gebirge, Wiener Neudorf, Maria Enzersdorf und Mödling (siehe Abbildung 2 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**).

Abbildung 2: Gemeinden des Ballungsraums Wien und darin liegende IPPC Anlagen



-  Ballungsraumgemeinden
-  Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMAW
-  Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMAW und des BMK
-  Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMK
-  Haupteisenbahnstrecken
-  Hauptverkehrsstraßen
-  Autobahnen und Schnellstraßen
-  Flughäfen
-  Ruhige Gebiete gemäß Wiener Umgebungslärmschutz-Verordnung

Quelle: Hauptverkehrsinfrastruktur und Anlagenstandorte gemäß Meldung von Bundesländern und BMK, Basemap, BEV

In den sechs betroffenen Gemeinden, die zusammen den Ballungsraum Wien bilden, hatten im Jahr 2021, das der gegenständlichen Erhebung zugrunde lag, rund 2,0 Millionen Personen ihren Hauptwohnsitz. Eine nach Gemeinden aufgeschlüsselte Darstellung befindet sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Wien

Gemeinde	Einwohner:innen (gemeldete Hauptwohnsitze)
Wien	1.941.437
Brunn am Gebirge	12.148
Maria Enzersdorf	8.772
Mödling	20.574
Perchtoldsdorf	15.026
Wiener Neudorf	9.304
Summe	2.007.261

Quelle: Statistik Austria, Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister AGWR-II, Stand 10.4.2021

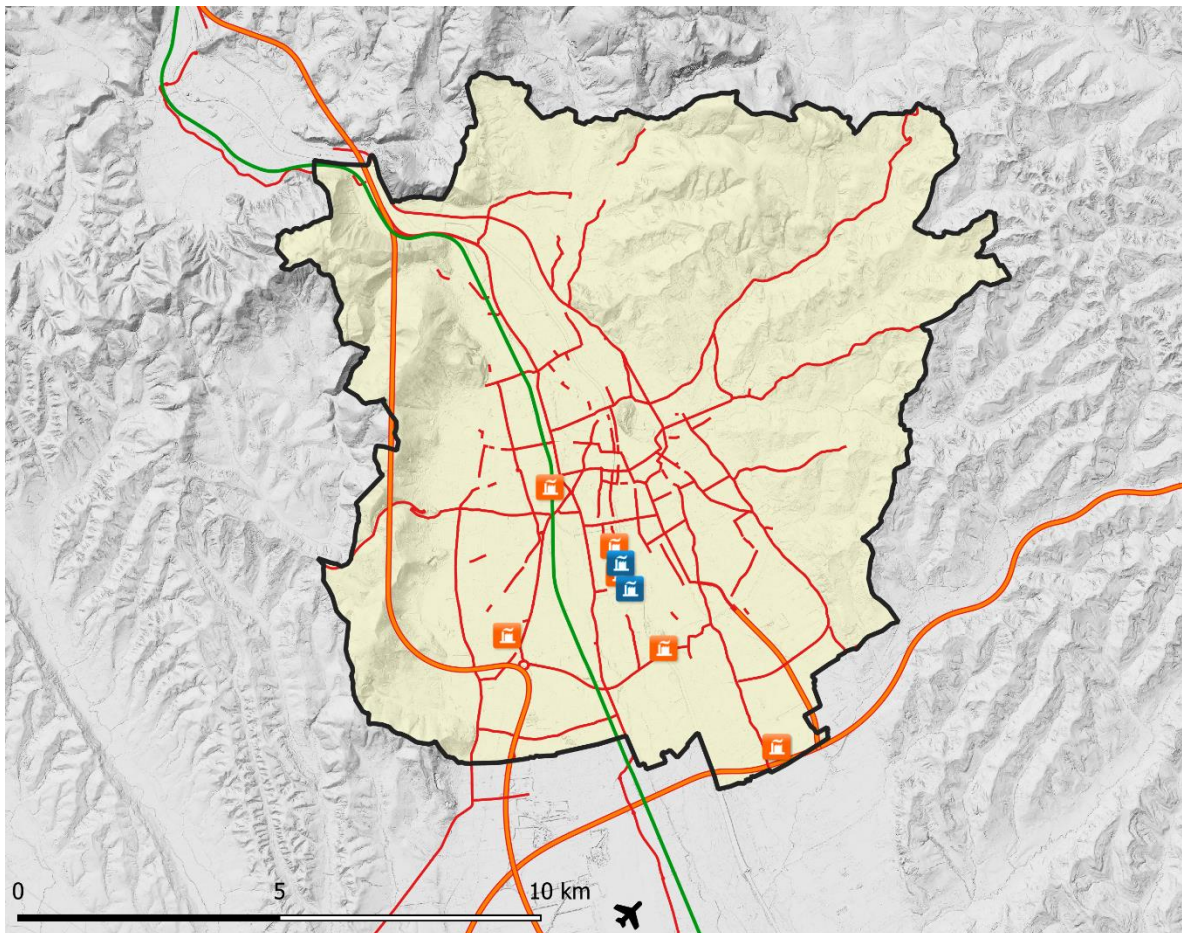
Der Abzug des AGWR-II per 10.4.2021 wurde allen zuständigen Behörden für die Betroffenauswertung zur Verfügung gestellt.








Im Rahmen der Berichterstattung an die Europäische Kommission wurde dem Ballungsraum Wien der Ballungsraumcode **AG_AT_00_1** zugewiesen.

1.2 Graz

Der Ballungsraum Graz besteht aus dem Gemeindegebiet von Graz.

Abbildung 3: Ballungsraum Graz und darin liegende IPPC Anlagen



-  Ballungsraumgemeinden
-  Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMAW
-  Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMK
-  Haupteisenbahnstrecken
-  Hauptverkehrsstraßen
-  Autobahnen und Schnellstraßen
-  Flughäfen

Quelle: Hauptverkehrsinfrastruktur und Anlagenstandorte gemäß Meldung von Bundesländern und BMK, Basemap, BEV

Tabelle 2: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Graz

Gemeinde	Einwohner:innen (gemeldete Hauptwohnsitze)
Graz	294.017

Quelle: Statistik Austria, Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister AGWR-II, Stand 10.4.2021

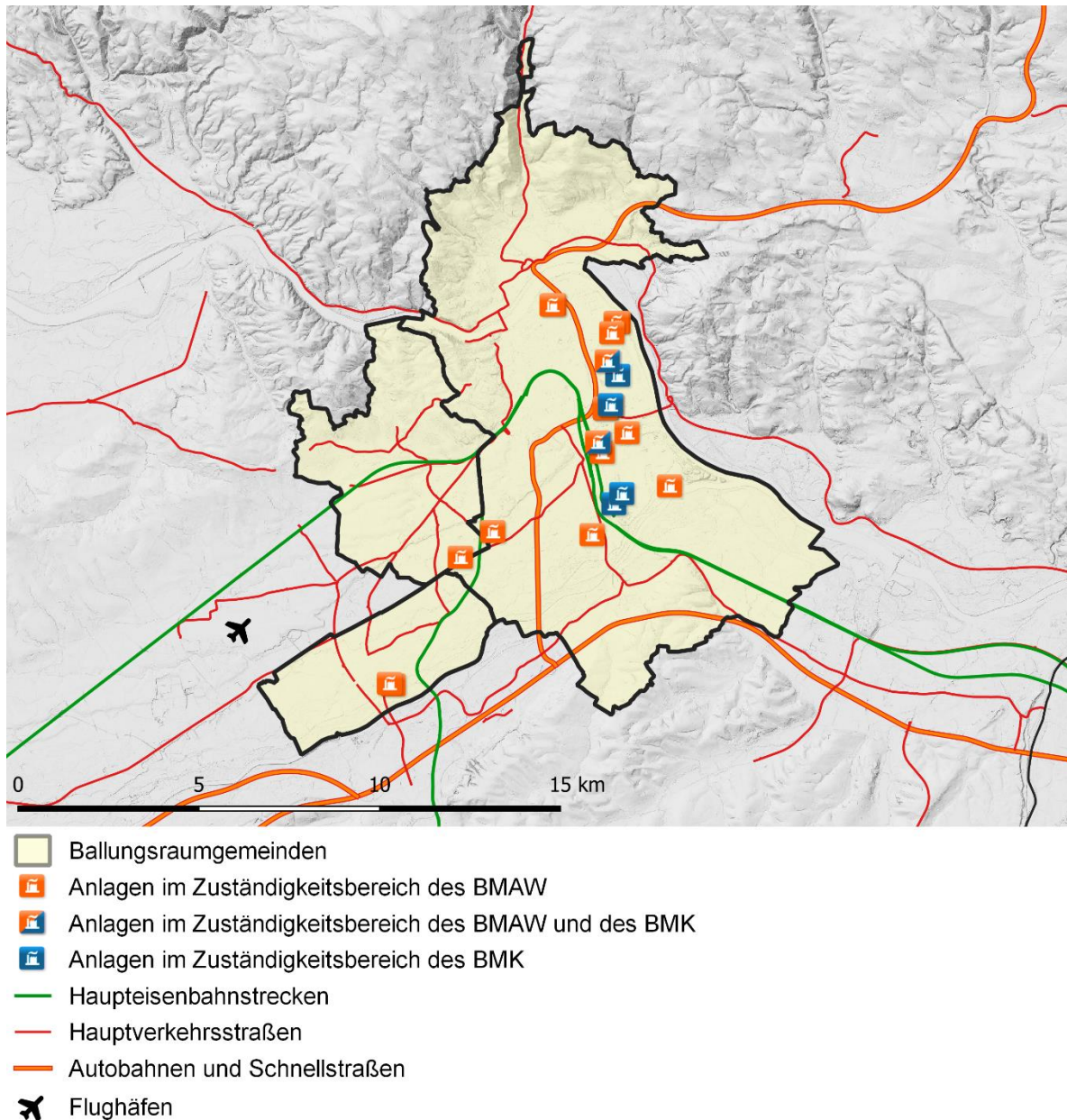
Im Rahmen der Berichterstattung an die Europäische Kommission wurde dem Ballungsraum Graz der Ballungsraumcode **AG_AT_00_2** zugewiesen.

Die Lärmbelastung von Geländen für industrielle Tätigkeiten mit IPPC-Anlagen musste für Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohner:innen ab dem Jahr 2007 und für Ballungsräume mit mehr als 100.000 Einwohner:innen ab dem Jahr 2012 kartiert werden. Im Ballungsraum Graz ist die Anzahl der gemeldeten Hauptwohnsitze erst nach der Lärmkartierung 2007 auf über 250.000 Einwohner:innen gestiegen. Deshalb sind IPPC-Anlagen in Graz erstmalig 2012 kartiert worden.

1.3 Linz

Der Ballungsraum Linz besteht aus den Gemeindegebieten von Linz, Traun und Leonding.

Abbildung 4: Gemeinden des Ballungsraums Linz und darin liegende IPPC Anlagen



Quelle: Hauptverkehrsinfrastruktur und Anlagenstandorte gemäß Meldung von Bundesländern und BMK, Basemap, BEV

Tabelle 3: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Linz

Gemeinde	Einwohner:innen (gemeldete Hauptwohnsitze)
Linz	207.551
Leonding	28.963
Traun	24.949
Summe	261.463

Quelle: Statistik Austria, Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister AGWR-II, Stand 10.4.2021

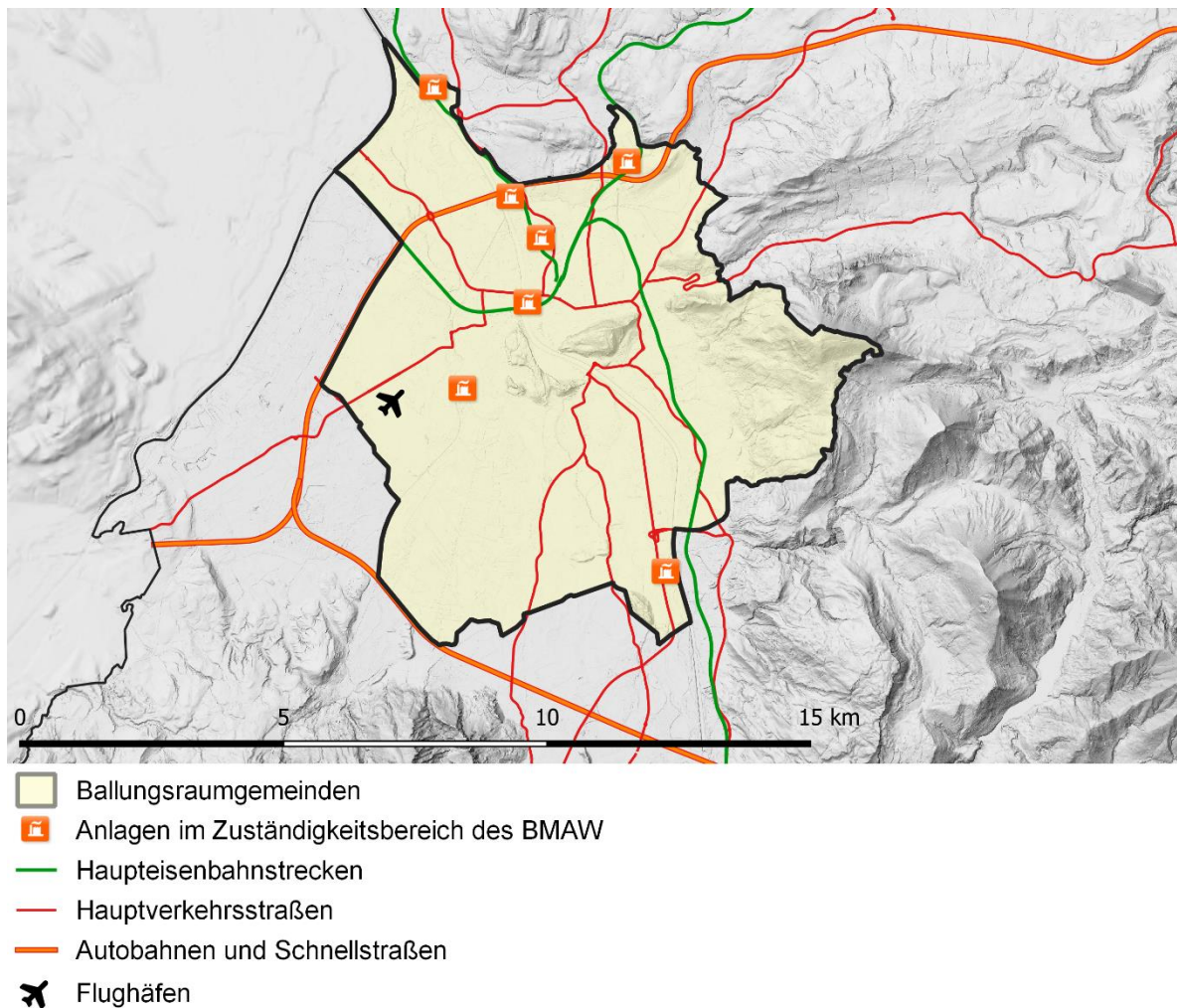
Im Rahmen der Berichterstattung an die Europäische Kommission wurde dem Ballungsraum Linz der Ballungsraumcode **AG_AT_00_3** zugewiesen.

Die Gemeinde **Leonding** wurde aufgrund der gewachsenen Bevölkerungsdichte erst im Jahr 2019 im Rahmen der Novelle der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung zu einem Teil des Ballungsraums Linz.

1.4 Salzburg

Der Ballungsraum Salzburg besteht aus dem Gemeindegebiet der Stadt Salzburg.

Abbildung 5: Ballungsraum Salzburg und darin liegende IPPC Anlagen



Quelle: Hauptverkehrsinfrastruktur und Anlagenstandorte gemäß Meldung von Bundesländern und BMK, Basemap, BEV

Tabelle 4 Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Salzburg

Gemeinde	Einwohner:innen (gemeldete Hauptwohnsitze)
Salzburg	156.863

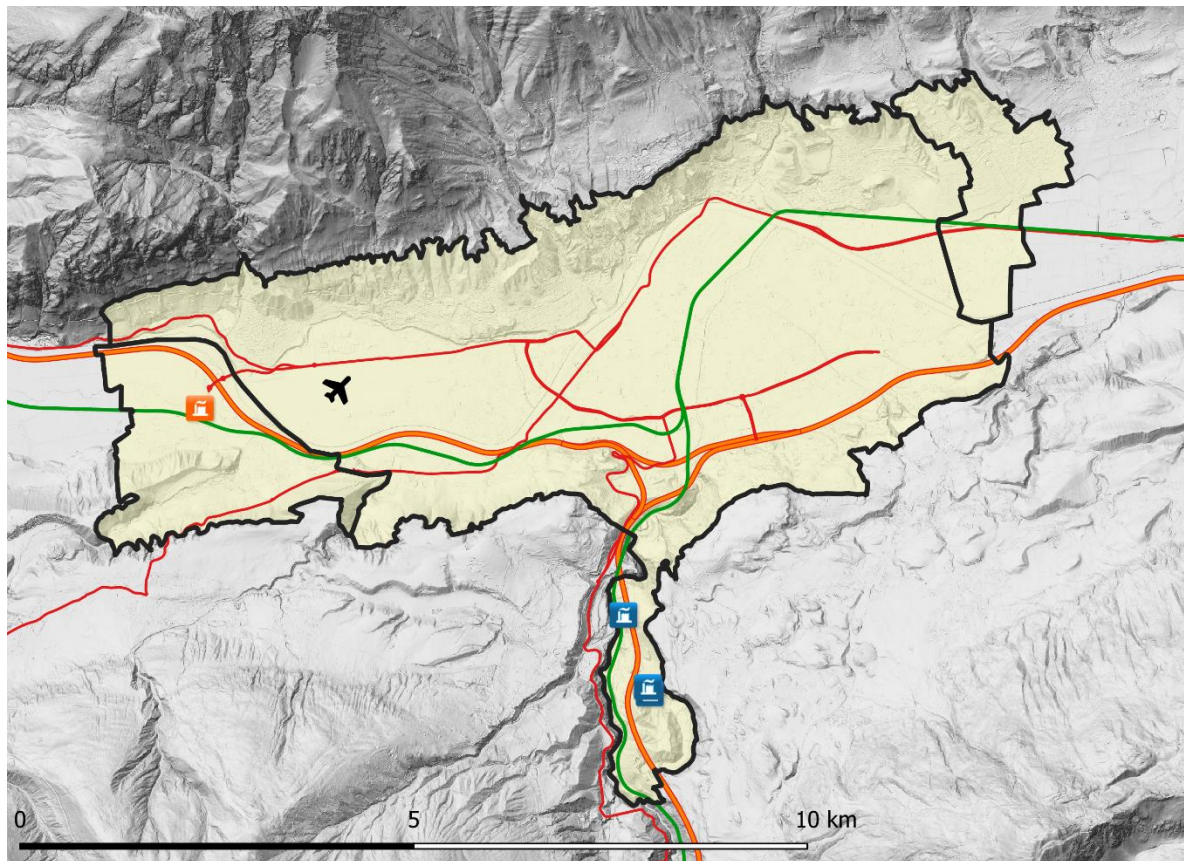
Quelle: Statistik Austria, Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister AGWR-II, Stand 10.4.2021








Im Rahmen der Berichterstattung an die Europäische Kommission wurde dem Ballungsraum Salzburg der Ballungsraumcode **AG_AT_00_4** zugewiesen.

1.5 Innsbruck

Der Ballungsraum Innsbruck besteht aus den Gemeindegebieten von Innsbruck, Völs und Rum bis zu einer Seehöhe von 800 m.

Abbildung 6: Ballungsraum Innsbruck und darin liegende IPPC Anlagen



-  Ballungsraumgemeinden
-  Anlagen in der Zuständigkeit des BMAW
-  Anlagen in der Zuständigkeit des BMK
-  Haupteisenbahnstrecken
-  Hauptverkehrsstraßen
-  Autobahnen und Schnellstraßen
-  Flughäfen

Quelle: Hauptverkehrsinfrastruktur und Anlagenstandorte gemäß Meldung von Bundesländern und BMK, Basemap, Land Tirol

Tabelle 5 Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Innsbruck

Gemeinde	Einwohner:innen (gemeldete Hauptwohnsitze)
Innsbruck	131.007
Völs	6.995
Rum	9.337
Summe	147.339

Quelle: Statistik Austria, Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister AGWR-II, Stand 10.4.2021

Im Rahmen der Berichterstattung an die Europäische Kommission wurde dem Ballungsraum Innsbruck der Ballungsraumcode **AG_AT_00_5** zugewiesen.

Die Gemeinde **Rum** wurde aufgrund der gewachsenen Bevölkerungsdichte erst im Jahr 2019 im Rahmen der Novelle der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung zu einem Teil des Ballungsraums Innsbruck.

Die der Anlage 3 der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebsanlagen (entspricht dem Anhang I der ehemaligen IPPC-Richtlinie 96/61/EG bzw. der nun geltenden Industrieemissions-Richtlinie 2010/75/EG) in den Ballungsräumen Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 6: IPPC-Anlagen im Planungsgebiet

	Betreiber	Anlage	Standortadresse
Ballungsraum Wien			
1.	ABW Abbruch, Boden- und Wasserreinigungs-Gesellschaft m.b.H	ABW Abbruch, Boden- und Wasserreinigungs-Gesellschaft m.b.H	Ailecgasse 38, 1110 Wien
2.	Altlastensanierung und Abraumdeponie Langes Feld GesmbH	Altlastensanierung und Abraumdeponie Langes Feld	Wagramer Straße 315-317, 1220 Wien
3.	Wien Energie GmbH	Biomassekraftwerk Simmering	1.Haidequerstraße 1, 1110 Wien
4.	Collini Holding AG	Collini Wien GmbH	Lohnnergasse 2, 1210 Wien
5.	Stadt Wien	Mülledeponie Rautenweg	Rautenweg 83, 1220 Wien
6.	DIC Performance Resins GmbH	DIC Performance Resins GmbH	Breitenleer Str. 97-99, 1220 Wien
7.	ebswien kläranlage & tier-service Ges.m.b.H.	Entsorgungsbetriebe Simmering	11.Haidequerstraße 7, 1110 Wien
8.	Farbdruck GmbH	Farbdruck GmbH	Ignaz Köckstraße 17, 1210 Wien
9.	Wien Energie GmbH	Fernheizwerk Wien Süd	Rosiwalgasse 94, 1230 Wien
10.	Wien Energie GmbH	HBW Heizwerk Arsenal	Franz-Grill-Straße 1, 1030 Wien
11.	Wien Energie GmbH	Kraftwerk Donaustadt	Primavesigasse 1, 1220 Wien
12.	Wien Energie GmbH	Kraftwerk Leopoldau	Petritschgasse 1, 1210 Wien
13.	Wien Energie GmbH	Kraftwerk Simmering	1.Haidequerstraße 1, 1110 Wien
14.	Wien Energie GmbH	Müllverbrennungsanlage Flötzersteig	Ameisbachzeile, 1160 Wien
15.	Wiener Kommunal-Umweltschutzprojektgesellschaft mbH	Müllverbrennungsanlage Pfaffenau	Johann-Petrak-Gasse 7, 1110 Wien
16.	Octapharma Handels-ges.m.b.H.	Octapharma Pharmazeutika Produktionsgesellschaft m.b.H.	Oberlaaer Str. 235, 1100 Wien
17.	Fehlerhafte Angabe in der Übersichtstabelle	Wildschek Lacke	nicht mehr in Wien situiert
18.	OMV Aktiengesellschaft	Zentrallager der OMV	Lobgrundstraße 2, 1220 Wien

	Betreiber	Anlage	Standortadresse
19.	Wien Energie GmbH	Müllverbrennungsanlage Spittelau	Spittelauer Lände 45, 1090 Wien
20.	FunderMax GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	2350 Wr. Neudorf, Industrie- zentrum NÖ-Süd, Straße 3, Objekt 1
21.	FunderMax GmbH	Chemieanlage	2350 Wr. Neudorf, Industrie- zentrum NÖ-Süd, Straße 3, Objekt 1
22.	ISOVOLTA AG	Oberflächenbehandlungsanlage	2355 Wr. Neudorf, Industrie- zentrum Straße 3
23.	Lahner KG	Oberflächenbehandlungsanlage	2345 Brunn/Gebirge, Indust- riestraße 4a
Ballungsraum Graz			
24.	Energie Steiermark Wärme GmbH	Fernheizkraftwerk Graz	8020 Graz-Gries, Puchstraße 51
25.	Energie Steiermark Wärme GmbH	Fernheizkraftwerk Thondorf	8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 317
26.	Marienhütte Stahl- und Walzwerk GmbH	Stahlwerk	8020 Graz-Gries, Südbahn- straße 11-43
27.	Gillich GmbH & Co KG	Oberflächenbehandlungsanlage	8041 Graz, Puntigamer- straße 98
28.	Norbert Marcher GmbH	Schlachtbetrieb	8020 Graz, Lagergasse 158
29.	A+R Carton-Graz GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	8053 Graz, Erna-Diez-Straße 2
30.	Magna Steyr Fahrzeugtech- nik AG & Co KG	Oberflächenbehandlungsanlage	8041 Graz, Liebenauer Hauptstraße 317
31.	Tschuda Engineering GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	8051 Graz, Göstinger Straße 88
Ballungsraum Salzburg			
32.	Salzburg AG HKW Mitte	Heizkraftwerk	5020 Salzburg, Elisabethkai 52
33.	Salzburg AG HKW Nord	Heizkraftwerk	5020 Salzburg, Wasserfeld- straße 31
34.	Mayer & Co. Beschläge GmbH	Galvanikanlage	5020 Salzburg, Alpenstraße 173
35.	Stieglbrauerei zu Salzburg GmbH	Brauerei	5020 Salzburg, Kendler- straße 1

	Betreiber	Anlage	Standortadresse
36.	Alpenrind GmbH	Schlachtbetrieb	5020 Salzburg, Metzgerstraße 67
37.	Salzburg Milch GmbH Werk 1 (Milchhof Salzburg)	Molkerei	5020 Salzburg, Milchstraße 1
38.	Mayer& Co. Beschläge GmbH	Zink-Druckgussherstellung	5020 Salzburg, Alpenstraße 173
Ballungsraum Linz			
39.	Voestalpine Stahl GmbH	Div. Anlagen zur Eisen- und Stahlerzeugung mit Nebenanlagen	4031 Linz, Voest-Alpine-Straße 3
40.	NEMAK Linz GmbH	Schmelzanlage	4020 Linz, Zeppelinstraße 24
41.	Hartchrom Haslinger Oberflächen-technik GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	4020 Linz, Pummererstraße 21-25
42.	Galvano Spindler GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	4020 Linz, Pummererstraße 19
43.	Eurofoam GmbH	Chemieanlage	4021 Linz, Eduard-Sueß-Straße 25
44.	Linde Gas	Chemieanlage	4031 Linz, Voest-Alpine-Straße 3
45.	Pantheon Austria GmbH & Co KG	Chemieanlage	4020 Linz, Werksgelände Chemiepark St.-Peter-Straße 25
46.	Borealis Agrolinz Melamine und Polyolefine GmbH	Chemieanlage	4020 Linz, Werksgelände Chemiepark St.-Peter-Straße 25
47.	Nufarm GmbH	Chemieanlage	4020 Linz, Werksgelände Chemiepark St.-Peter-Straße 25
48.	Fresenius Kabi Austria GmbH	Arzneimittelherstellungsanlage	4020 Linz, Estermannstraße 17
49.	Herbert Handlbauer GmbH	Schlachtbetrieb	4020 Linz, Holzstraße 5
50.	Linz Strom GmbH	Kraftwerksanlage	4020 Linz, Nebinger Straße 1
51.	Tann Papier GmbH	Oberflächenbehandlungsanlage	4050 Traun, Fabrikstraße 48a
52.	Dr. Franz Feurstein GmbH Zellstoffherstellung	Zellstoffherstellungsanlage	4050 Traun, Fabrikstraße 20
53.	Banner GmbH; Schmelzanlage NE-Metalle	Schmelzanlage, Chemieanlage	4020 Linz/Leonding, Salzburger Straße 298

	Betreiber	Anlage	Standortadresse
54.	ESIM Chemicals GmbH	Chemieanlage und Wasservorbehandlungsanlage	4020 Linz, Werksgelände Chemiepark, St. Peterstraße 25
Ballungsraum Innsbruck			
55.	MPREIS Warenvertriebs GmbH		6176 Völs, Landesstraße 16

2 Für die Ausarbeitung zuständige Behörde/Stelle

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
1010 Wien, Stubenring 1

zuständig für Anlagen im Sinne der Anlage 3 der Gewerbeordnung 1994

3 Geltende Schwellenwerte sowie Rechtsgrundlagen

3.1 Definition IPPC-Anlagen

Gemäß Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz bezeichnen "Gelände für industrielle Tätigkeiten" [...] Gelände von Anlagen im Sinne der Anlage 3 der Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl.Nr. 194, Anlagen im Sinne der §§ 121 bis 121a des Mineralrohstoffgesetzes (MinroG), BGBl. I Nr. 38/1999, Anlagen im Sinne des Anhangs 5 Teil 1 des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102 oder Anlagen, bei deren Genehmigung § 5 Abs. 3 des Emissionsschutzgesetzes für Kesselanlagen (EG-K), BGBl. I Nr. 150/2004 anzuwenden ist."

3.2 Schwellenwerte für die Aktionsplanung

Gemäß Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz bezeichnen "Schwellenwerte für die Aktionsplanung [...] Werte, getrennt nach Schallquelle und Lärmindex, bei deren Überschreitung Maßnahmen in den Aktionsplänen [...] in Erwägung zu ziehen oder einzuführen sind" den Rahmen für die Aktionsplanung.

Grundsätzlich gelten gemäß § 8 Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung folgende Schwellenwerte für durch Aktivitäten auf Geländen für industrielle Tätigkeiten verursachten Lärm:

L_{den} : 55 dB

L_{night} : 50 dB

L_{den} : Tag-Abend-Nacht-Lärmindex für die allgemeine Belastung

L_{night} : Nacht-Lärmindex für die Belastung in der Nacht

Für die Berechnung der Lärmindizes gelten folgende Zeiträume:

Tag 06:00 - 19:00 Uhr

Abend 19:00 - 22:00 Uhr

Nacht 22:00 - 06:00 Uhr

In den Aktionsplänen sind entsprechend § 7 Abs. 10 Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz "geeignete Maßnahmen vorzusehen, wenn sich auf Grund der Schwellenwerte, insbesondere unter Heranziehung der Belästigungswirkung und einer Dosis-Wirkung-Relation ergibt, dass der Umgebungslärm in bestimmten erhobenen Situationen schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben kann, eine unzumutbare Belästigung darstellen kann oder die Einhaltung geltender Grenzwerte nicht gewährleistet scheint. Die Maßnahmen für Gelände für industrielle Tätigkeiten sind nach Maßgabe der für die jeweilige Anlage anzuwendenden Verwaltungsvorschriften vorzusehen."

3.3 Berechnungsverfahren

Umgebungslärm durch Aktivitäten auf Geländen für industrielle Tätigkeiten ist gemäß den in § 4 Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung genannten Verfahrensschritten zu ermitteln.

3.4 Regelungen in der für die Anlagengenehmigung geltenden Rechtsmaterie (Gewerbeordnung)

Gemäß Gewerbeordnung BGBl. Nr. 1994/194 mit zugehörigen Novellen ist eine Betriebsanlage dann zu genehmigen, wenn es dadurch zu keiner unzumutbaren Belästigung der Nachbarn durch Lärm kommt. Die Zumutbarkeit ist danach zu beurteilen, wie sich die durch die Betriebsanlage verursachten Veränderungen der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse auf ein gesundes normal empfindendes Kind und auf einen gesunden normal empfindenden Erwachsenen auswirken.

Die Grenzen der Zumutbarkeit werden im Einzelfall gesondert festgelegt, dazu werden zusätzlich zu den relevanten Gesetzen und Verordnungen unter anderem auch ÖNORMEN, die Richtlinien des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung (ÖAL) und Publikationen des Umweltbundesamtes herangezogen.

In vielen Fällen wird die Genehmigung der Betriebsanlage nur mit bestimmten Auflagen erteilt bzw. es können laut Gewerbeordnung auch für bestehende bereits früher genehmigte Betriebsanlagen unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich Auflagen erteilt werden.

§ 74 Abs. 2 Z 1 und 2 Gewerbeordnung 1994:

"Gewerbliche Betriebsanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Behörde errichtet oder betrieben werden, wenn sie wegen der Verwendung von Maschinen und Geräten, wegen ihrer Betriebsweise, wegen ihrer Ausstattung oder sonst geeignet sind,

1. das Leben oder die Gesundheit des Gewerbetreibenden, der nicht den Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes, BGBl. Nr. 450/1994, in der jeweils geltenden Fassung, unterliegenden mittätigen Familienangehörigen, der Nachbarn oder der Kunden, die die Betriebsanlage der Art des Betriebes gemäß aufsuchen, oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn zu gefährden; als dingliche Rechte im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten auch die im § 2 Abs. 1 Z 4 lit. g angeführten Nutzungsrechte.
2. die Nachbarn durch Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterungen oder in anderer Weise zu belästigen, [...]"

4 Zusammenfassung der der Maßnahmenplanung zugrunde gelegten Daten der strategischen Umgebungslärmkarten

Gemäß Bundes-Umgebungslärmschutz-Verordnung ist die Darstellung des Umgebungslärms durch Aktivitäten auf Geländen für industrielle Tätigkeiten nur für den Bereich außerhalb des Betriebsgeländes erforderlich. Der Schwellenwert für IPPC-Anlagen beträgt 55 dB für den L_{den} und 50 dB für den L_{night} und ist gleich hoch wie die Grenze, ab welcher in den strategischen Lärmkarten Isophonenlinien sowie Lärmzonen abzubilden sind. Falls an der Grenze der Betriebsanlage der Schwellenwert nicht erreicht ist, wird damit eine Modellierung der Betriebsanlage hinfällig. Ob eine Überschreitung des Schwellenwertes an der Grenze der Betriebsanlage vorliegt, kann auch durch messtechnische Erhebung festgestellt werden.

Die für die Ausarbeitung der strategischen Umgebungslärmkarten erforderlichen Daten wurden von den Anlagenbetreibern zur Verfügung gestellt und von den jeweils örtlich zuständigen Behörden auf Plausibilität geprüft.

Nunmehr (Jahr 2023) wurden die vorliegenden Daten von den zuständigen Behörden auf Aktualität geprüft.

5 Angabe und Bewertung der geschätzten Anzahl von Personen, die Umgebungslärm ausgesetzt sind

Die Auswertung der Berechnungen zur Erstellung der strategischen Lärmkarten ergibt, dass sich nur im Ballungsraum Linz nach Richtlinie 2002/49/EG zu meldende betroffene Anrainer befinden.

(5.300 Personen für die Ganztageszeit und 700 Personen für die Nachtzeit)

Die Überprüfung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse hat jedoch eine sehr starke Reduktion dieser Zahlen ergeben (110 Personen für die Ganztageszeit und 80 Personen für die Nachtzeit).

Im Einzelnen ergibt sich (auch im Hinblick auf die Anforderungen der in diesem Fall gemäß Umgebungslärmrecht anzuwendenden Gewerbeordnung):

Linz AG, Fernheizkraftwerk Mitte:

Die 50 dB Isophone betrifft zur Nachtzeit fast vollständig unbewohntes Gebiet. An einer Ecke eines bewohnten Nachbarobjektes an der Nebingerstraße wird der Schwellenwert erreicht. Da nur ein kleiner Teil des Objektes vom Schwellenwert betroffen ist, und die vorbeiführende Straße dort einen wesentlichen Immissionsbeitrag hat, sind keine Schallreduktionsmaßnahmen erforderlich.

Chemie-Betriebe und Voestalpine:

Die 50 dB Isophone betrifft zur Nachtzeit großteils unbewohntes Gebiet. Im Bereich des Reslweges befinden sich noch einige Wohnhäuser. Der industrielle Immissionseinfluss liegt dort um die 50-55 dB. Es führen Hauptverkehrsstraßen (eine mit Lärmschutzwand, eine weitere Straße ist höhenmäßig etwas abgesenkt) und die Zufahrtsstraße zu den Chemiebetrieben vorbei. Die nächtliche Verkehrslärmbelastung dieses Gebietes ist mit 55-60 dB ausgewiesen. Da die Verkehrslärmimmissionen dominieren, sind keine Lärmschutzmaßnahmen an den Chemie- bzw. Voestalpineanlagen erforderlich.

Voestalpine-Gelände:

In größerer Entfernung (in Richtung Westen) reicht die 50 dB Isophone zur Nachtzeit über einen Verschiebebahnhof und die Westbahnstrecke an die Wienerstraße heran, wo die eigentliche Wohnbebauung beginnt. Die industriellen Auswirkungen werden dort vom unmittelbar vorbeifließenden Straßenverkehr der Wiener Straße und vom Eisenbahnverkehr überlagert. Es sind daher keine Maßnahmen erforderlich

Nemak, Zeppelinstraße 24:

Die Aluminiumgießerei befindet sich in der Widmung „Industriegebiet“ mitten in einem Wohngebiet. Gegenüber der Betriebseinfahrt befindet sich eine kleine Zone mit Lden 55-60 dB. Der Einfluss durch den Straßenverkehr (Lden 60-65 dB) ist dort deutlich höher.

Zusammenfassung:

Auch für die Linzer IPPC-Anlagen mit betriebsanlagenrechtlichem Status sind daher keine weiteren Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

6 Angabe von besonderen Lärmproblemen und verbesserungsbürftigen Situationen

Im Hinblick auf die Ausführungen unter Punkt 5 sind keine Maßnahmen zur Lärminderung erforderlich.

7 Darstellung der Einbeziehung der Öffentlichkeit

7.1 Öffentliche Auflage und Kundmachung

Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 im Rahmen der Regelungen gemäß § 10 Bundes-LärmG konnten vombissowohl elektronisch als auch auf den Postweg abgegeben werden. Auf die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme wurde online sowie am in zwei weit verbreiteten Tageszeitungen hingewiesen.

7.2 Eingegangene Stellungnahmen und Würdigung

Innerhalb der Auflagefrist gemäß Punkt 7.1 gingen keine Stellungnahmen zum Teilaktionsplan ein.

7.3 Anfragen zu den strategischen Lärmkarten

Anfragen zu den strategischen Lärmkarten von IPPC-Anlagen im Zuständigkeitsbereich des BMAW können gerichtet werden an:

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien
E-Mail: gewerbetechnik@bmaw.gv.at

8 Bereits vorhandene oder zur Realisierung absehbare Maßnahmen zur Lärminderung

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens für IPPC-Anlagen werden von der Behörde erforderlichenfalls Auflagen vorgeschrieben. Basis dafür sind stets beschreibende und planliche Projektunterlagen, welche auch die schalltechnischen Aspekte im Hinblick auf den Nachbarschaftsschutz beinhalten.

9 Maßnahmen der Aktionsplanung

Da sich zwar im Ballungsraum Linz rechnerisch nach Richtlinie 2002/49/EG zu meldende betroffene Anrainer befinden, deren Anzahl sich aber nach Überprüfung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse stark reduziert hat und nach den Anforderungen der Gewerbeordnung keine Maßnahmen zu setzen sind, ist im Rahmen dieser Aktionsplanung nichts weiter zu veranlassen.

Die in Rede stehenden IPPC-Anlagen unterliegen dem Genehmigungsregime der Gewerbeordnung, sodass im Falle von Änderungen oder Neugenehmigungen ex lege auf den Schutz der Anrainer vor Belästigungen oder Gesundheitsgefährdungen Bedacht zu nehmen ist.

Eine zusätzliche gesonderte Strategie zum Schutz vor Umgebungslärm aus industriellen Tätigkeiten nach Anlage 3 GewO ist daher nicht erforderlich.

Hinsichtlich der weiteren inhaltlichen Anforderungen des § 10 Bundes-Umgebungslärm-schutz-Verordnung sind daher keine Vorkehrungen zu treffen.

10 Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden und ergänzende Einzelmaßnahmen in anderen Zuständigkeitsbereichen

Zur Sicherstellung ausreichender akustischer Qualität für zukünftige Wohnanrainer im Nahbereich von IPPC-Anlagen sollte zudem gewährleistet sein, dass in den Zonen der Schwellenwertüberschreitung keine neue Wohnbebauung oder nur solche mit ausreichendem passivem Schallschutz errichtet wird. Präventiv sollte auch die Ausweisung neuer Flächenwidmungen für Wohnzwecke in diesen Bereichen unterbunden werden. Die Rechtsinstrumentarien dazu sind die betroffenen Raumordnungsgesetze und Bauordnungen der Länder.

11 Langfristige Strategie zum Schutz vor Umgebungslärm

Die langfristige Strategie zum Schutz vor Umgebungslärm ist bei der Errichtung neuer IPPC-Anlagen durch die Behandlung des Schutzgutes Mensch im Zuge der Genehmigungspflicht, welche die Vermeidung unzumutbarer Lärmbelastigungen beinhaltet, weitgehend sichergestellt.

12 Verfügbare Informationen zu den Finanzmitteln

Da sich im Rahmen der Aktionsplanung kein Erfordernis für das Setzen von Lärmschutzmaßnahmen ergab, sind keine zusätzlichen Finanzmittel vorzusehen. Grundsätzlich sind die von der Behörde im Zuge des Genehmigungsverfahrens vorgeschriebenen Maßnahmen durch den Anlagenbetreiber zu setzen.

13 Geplante Vorgangsweise für die Bewertung der Durchführung und der Wirksamkeit des (Teil-) Aktionsplans

Da sich im Rahmen der Aktionsplanung kein Erfordernis für das Setzen von Lärmschutzmaßnahmen ergab, erfolgt die nächste Evaluierung erst auf Grundlage der Überarbeitung und Überprüfung der strategischen Lärmkarten in der fünften Bearbeitungsstufe (2028).

14 Schätzung der voraussichtlichen Reduktion der von Umgebungslärm belasteten Personen

Dieser Punkt ist in Hinblick auf Punkt 5 nicht erforderlich.

15 Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen

Im Hinblick auf Punkt 5 ist keine Änderung der bestehenden Regelungen für Lärmschutz bei IPPC-Anlagen notwendig.

16 Zusammenfassung des (Teil-) Aktionsplans für die EU-Berichterstattung

Mit dem vorliegenden Teil-Aktionsplan werden die Anforderungen des § 7 Abs. 5 Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz erfüllt. Im Hinblick auf Punkt 5 sind im Rahmen dieser Aktionsplanung keine Maßnahmen vorzusehen.

Die nächste Evaluierung der bestehenden Einschätzung und Berücksichtigung neuer Standorte erfolgt im Jahr 2028.

16.1 Bestehende Lärmschutzprogramme

Umgebungslärm-Aktionsplan Österreich

Im Hinblick auf Punkt 5 sind keine über die bestehenden Vorschriften hinausgehenden Lärmschutzprogramme erforderlich.

16.2 Geplante Lärmschutzprogramme - Lärmaktionsplan

Umgebungslärm-Aktionsplan Österreich

Für IPPC-Anlagen werden bereits im Genehmigungsverfahren, welches in den entsprechenden Rechtsgrundlagen (Gewerbeordnung) verankert ist, mögliche Auswirkungen durch Lärm untersucht. Geeignete Maßnahmen zum Schutz der Anrainer werden daher bereits im Zuge der Anlagenerrichtung berücksichtigt. Im Rahmen der Anlagengenehmigung erfolgt die Beurteilung von möglichen Auswirkungen durch Lärm auf Basis der durch die Anlage verursachten Veränderung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse und nicht auf Basis eines festen Grenzwerts.

16.3 Zusammenfassung Lärmaktionsplan Graz

Tabelle 7 Lärmaktionsplan Graz

Lärmaktionsplan Teil 22 Graz	Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft - IPPC-Anlagen gemäß GewO 1994 im Ballungsraum Graz
Gesamtkosten in Euro	0 €
Beschlussdatum des Lärmaktionsplanes	2023
Enddatum des Lärmaktionsplanes	2028
Anzahl der Einwohner mit Reduktion der Lärmbelastung	0
Anzuwendende Grenzwerte zum Zeitpunkt des Lärmaktionsplanes	Nicht anwendbar, weil im Einzelfall festgelegt
Zusammenfassung der Ergebnisse der Lärmkartierung (Angabe der wichtigsten Lärmprobleme bzw. Situationen mit Verbesserungsbedarf)	Kein Verbesserungsbedarf bezüglich Lärmemission von gewerblichen IPPC-Anlagen
Zusammenfassung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Lärmaktionsplanes	Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 konnten vom bis sowohl elektronisch als auch auf dem Postweg abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgte auf der Internetseite des <u>Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie</u> .
Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz ruhiger Gebiete, einschließlich gesetzter Ziele und anzunehmender Kosten	Nicht erforderlich, daher 0 €
Geplante Bestimmungen zur Bewertung der Umsetzung und der Wirksamkeit des Lärmaktionsplanes	Keine erforderlich
Weblinks zum Programm, gegebenenfalls kurze Beschreibung beiliegender Zusatzinformationen	Nicht erforderlich

16.4 Zusammenfassung Lärmaktionsplan Innsbruck

Tabelle 8 Lärmaktionsplan Innsbruck

Lärmaktionsplan Teil 22 Innsbruck	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort - IPPC-Anlagen gemäß GewO 1994 im Ballungsraum Innsbruck
Gesamtkosten in Euro	0 €
Beschlussdatum des Lärmaktionsplanes	2023
Enddatum des Lärmaktionsplanes	2028
Anzahl der Einwohner mit Reduktion der Lärmbelastung	0
Anzuwendende Grenzwerte zum Zeitpunkt des Lärmaktionsplanes	Nicht anwendbar, weil im Einzelfall festgelegt
Zusammenfassung der Ergebnisse der Lärmkartierung (Angabe der wichtigsten Lärmprobleme bzw. Situationen mit Verbesserungsbedarf)	Kein Verbesserungsbedarf bezüglich Lärmemission von gewerblichen IPPC-Anlagen
Zusammenfassung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Lärmaktionsplanes	Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 konnten vom bis sowohl elektronisch als auch auf dem Postweg abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgte auf der Internetseite des <u>Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie</u> .
Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz ruhiger Gebiete, einschließlich gesetzter Ziele und anzunehmender Kosten	Nicht erforderlich, daher 0 €
Geplante Bestimmungen zur Bewertung der Umsetzung und der Wirksamkeit des Lärmaktionsplanes	Keine erforderlich
Weblinks zum Programm, gegebenenfalls kurze Beschreibung beiliegender Zusatzinformationen	Nicht erforderlich

16.5 Zusammenfassung Lärmaktionsplan Linz

Tabelle 9 Lärmaktionsplan Linz

Lärmaktionsplan Teil 22 Linz	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort - IPPC-Anlagen gemäß GewO 1994 im Ballungsraum Linz
Gesamtkosten in Euro	0 €
Beschlussdatum des Lärmaktionsplanes	2023
Enddatum des Lärmaktionsplanes	2028
Anzahl der Einwohner mit Reduktion der Lärmbelastung	0
Anzuwendende Grenzwerte zum Zeitpunkt des Lärmaktionsplanes	Nicht anwendbar, weil im Einzelfall festgelegt
Zusammenfassung der Ergebnisse der Lärmkartierung (Angabe der wichtigsten Lärmprobleme bzw. Situationen mit Verbesserungsbedarf)	Kein Verbesserungsbedarf bezüglich Lärmemission von gewerblichen IPPC-Anlagen
Zusammenfassung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Lärmaktionsplanes	Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 konnten vom bis sowohl elektronisch als auch auf dem Postweg abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgte auf der Internetseite des <u>Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie</u> .
Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz ruhiger Gebiete, einschließlich gesetzter Ziele und anzunehmender Kosten	Nicht erforderlich, daher 0 €
Geplante Bestimmungen zur Bewertung der Umsetzung und der Wirksamkeit des Lärmaktionsplanes	Keine erforderlich
Weblinks zum Programm, gegebenenfalls kurze Beschreibung beiliegender Zusatzinformationen	Nicht erforderlich

16.6 Zusammenfassung Lärmaktionsplan Salzburg

Tabelle 10 Lärmaktionsplan Salzburg

Lärmaktionsplan Teil 22 Salzburg	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort - IPPC-Anlagen gemäß GewO 1994 im Ballungsraum Salzburg
Gesamtkosten in Euro	0 €
Beschlussdatum des Lärmaktionsplanes	2023
Enddatum des Lärmaktionsplanes	2028
Anzahl der Einwohner mit Reduktion der Lärmbelastung	0
Anzuwendende Grenzwerte zum Zeitpunkt des Lärmaktionsplanes	Nicht anwendbar, weil im Einzelfall festgelegt
Zusammenfassung der Ergebnisse der Lärmkartierung (Angabe der wichtigsten Lärmprobleme bzw. Situationen mit Verbesserungsbedarf)	Kein Verbesserungsbedarf bezüglich Lärmemission von gewerblichen IPPC-Anlagen
Zusammenfassung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Lärmaktionsplanes	Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 konnten vom bis sowohl elektronisch als auch auf dem Postweg abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgte auf der Internetseite des <u>Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie</u> .
Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz ruhiger Gebiete, einschließlich gesetzter Ziele und anzunehmender Kosten	Nicht erforderlich, daher 0 €
Geplante Bestimmungen zur Bewertung der Umsetzung und der Wirksamkeit des Lärmaktionsplanes	Keine erforderlich
Weblinks zum Programm, gegebenenfalls kurze Beschreibung beiliegender Zusatzinformationen	Nicht erforderlich

16.7 Zusammenfassung Lärmaktionsplan Wien

Tabelle 11 Lärmaktionsplan Wien

Lärmaktionsplan Teil 22 Wien	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort - IPPC-Anlagen gemäß GewO 1994 im Ballungsraum Wien
Gesamtkosten in Euro	0 €
Beschlussdatum des Lärmaktionsplanes	2023
Enddatum des Lärmaktionsplanes	2028
Anzahl der Einwohner mit Reduktion der Lärmbelastung	0
Anzuwendende Grenzwerte zum Zeitpunkt des Lärmaktionsplanes	Nicht anwendbar, weil im Einzelfall festgelegt
Zusammenfassung der Ergebnisse der Lärmkartierung (Angabe der wichtigsten Lärmprobleme bzw. Situationen mit Verbesserungsbedarf)	Kein Verbesserungsbedarf bezüglich Lärmemission von gewerblichen IPPC-Anlagen
Zusammenfassung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Lärmaktionsplanes	Stellungnahmen zum Entwurf des Aktionsplan Teil 22 konnten vom bis 2018 sowohl elektronisch als auch auf dem Postweg abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Aktionsplans erfolgte auf der Internetseite des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.
Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zum Schutz ruhiger Gebiete, einschließlich gesetzter Ziele und anzunehmender Kosten	Nicht erforderlich, daher 0 €
Geplante Bestimmungen zur Bewertung der Umsetzung und der Wirksamkeit des Lärmaktionsplanes	Keine erforderlich
Weblinks zum Programm, gegebenenfalls kurze Beschreibung beiliegender Zusatzinformationen	Nicht erforderlich

17 Umsetzungshinweis

Der Aktionsplan wurde in Umsetzung der Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm erstellt.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Wien	8
Tabelle 2: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Graz	10
Tabelle 3: Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Linz	12
Tabelle 4 Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Salzburg	13
Tabelle 5 Anzahl der Einwohner:innen im Ballungsraum Innsbruck	16
Tabelle 6: IPPC-Anlagen im Planungsgebiet	17
Tabelle 8 Lärmaktionsplan Graz	39
Tabelle 9 Lärmaktionsplan Innsbruck	40
Tabelle 10 Lärmaktionsplan Linz	41
Tabelle 11 Lärmaktionsplan Salzburg	42
Tabelle 12 Lärmaktionsplan Wien	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Belastung durch Lärmquellen	2
Abbildung 2: Gemeinden des Ballungsraums Wien und darin liegende IPPC Anlagen	7
Abbildung 3: Ballungsraum Graz und darin liegende IPPC Anlagen	9
Abbildung 4: Gemeinden des Ballungsraums Linz und darin liegende IPPC Anlagen	11
Abbildung 5: Ballungsraum Salzburg und darin liegende IPPC Anlagen	13
Abbildung 6: Ballungsraum Innsbruck und darin liegende IPPC Anlagen	15

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

gewerbetechnik@bmaw.gv.at

bmaw.gv.at